



E-Government 2.0 - zum Mitmachen

3. ReH..Mo - Symposium

„Web 2.0 - ein Geschäftsmodell für die öffentliche Hand“

**08. - 09. November 2007 - Universität Passau - Forschungsstelle für
Rechtsfragen der Hochschul- und Verwaltungsmodernisierung**

Andreas Polster

IT-Stab im Bundesministerium des Innern



Agenda

- **E-Government First Generation: BundOnline 2005**
- **Next Generation: E-Government 2.0**
- **Handlungsfelder und Projekte von E-Government 2.0**
- **Nutzerorientierung von E-Government 2.0**
- **Herausforderungen Web 2.0**
- **Erste Ergebnisse der Studie E-Partizipation**



E-Government First Generation: BundOnline 2005



Ziele

- alle Services des Bundes online verfügbar machen
- Verwaltung ins Netz bringen (> 100 Behörden)
- Zeithorizont 2001 - 2005



E-Government First Generation: BundOnline 2005



Beispiel:

- **ATLAS Zoll-Verfahren**
107 Mio. € pro Jahr (10 € pro Antrag) durch elektronische Mitteilung der Zollanmeldungen

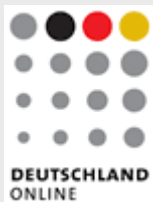
- 440 Online-Dienstleistungen des Bundes nutzbar
- 650 Mio. € Investitionen
- 430 Mio. €/Jahr Einsparung für Bürger und Wirtschaft
- 350 Mio. €/Jahr Einsparung verwaltungsintern
 - Realisiert z. B. durch Personalabbau von 1,5 %
- Shared services (> 70 Implementierungen; ca. 60 % Einsparung, ca. 13 Mio. €/ Jahr Einsparung)
- Optimierung der Prozesse (ca. 200 Projekte zu Prozessoptimierung)
- Schaffung von Standards (SAGA)



Next Generation: E-Government 2.0

Ziele:

- Angebot am Kundenbedarf ausrichten und Adressaten an der (Weiter-) Entwicklung beteiligen
- Prozesse gemeinsam mit den Unternehmen optimieren und entlang der Wertschöpfung verketteten
- Verfahren um 15 – 30 % beschleunigen und Kosten bei Wirtschaft und Verwaltung um 15 % reduzieren
- elektronische Identifikation schaffen und verbindliche Kommunikation im Internet gewährleisten



„E-Government 2.0“ ist zentraler Beitrag des Bundes zu Deutschland-Online, der gemeinsamen E-Government-Strategie von Ländern, Kommunen und Bund



E-Government 2.0

Das Programm des Bundes

**Beschluss des
Kabinetts vom
13.09.2006:**

E-Government 2.0
Das Programm
des Bundes

Das Programm des Bundes „E-Government 2.0“ verfolgt vier strategische Ziele:

- 1) **Portfolio:** Mehr Kundenorientierung
- 2) **Prozessketten:** Zusammenarbeit zwischen Behörden und Unternehmen
- 3) **Identifikation:** Sichere Identifizierung im Internet
- 4) **Kommunikation:** Sichere Kommunikation im Internet

**Beschluss des
Kabinetts vom
28.02.2007:**

E-Government 2.0
Umsetzungsplan
2007

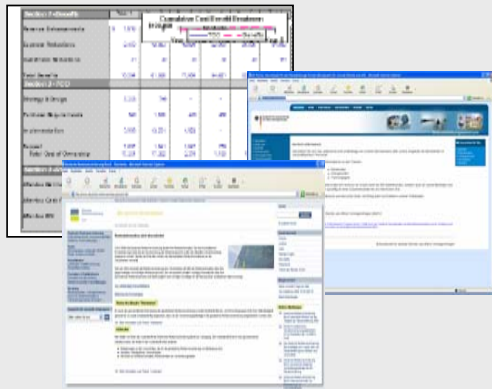
Der Umsetzungsplan 2007:

- 25 Projekte mit Laufzeiten bis 2010 mit dem Ziel:
 - Beschleunigung der Verfahren um 15 – 30 %
 - Reduktion der Kosten bei Wirtschaft und Verwaltung um 15 %
- Unterstützung der Ziele des Nationalen IT-Gipfels vom 18. Dezember 2006:
 - Ab 2012 sollen Transaktionen zwischen Wirtschaft und Verwaltung in aller Regel nur noch elektronisch abgewickelt werden
 - Deutschland beim E-Government an die europäische Spitze bringen



E-Government am „Kunden“ orientieren

Online-Services



- Nutzerbefragungen und Bedarfsabfragen vor/ ab Projektbeginn
- Nutzerfreundlichkeit und Barrierefreiheit als Qualitätskriterien
- E-Partizipation und E-Inklusion auf wissenschaftl. Grundlage
- Nutzenanalysen (WiBe und SKM)
- Multi-Kanal-Zugang (z.B.: Service Center der BA)
- One-Stop-Government durch Portalverbund



Stärkung der Bedarfsorientierung in vierzehn ausgewählten Projekten

■ Erwartete Ergebnisse

- Der Nutzen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen ist deutlich gestiegen.
- Das Online-Angebot ist bedarfsorientiert weiterentwickelt; einheitliche Qualitätsmaßstäbe sind umgesetzt.
- Behördenübergreifende Verfahren sind wesentlich vereinfacht.
- Die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der Informationsgesellschaft ist unter Berücksichtigung von sozialen und technischen Aspekten erleichtert (E-Inclusion).

■ Beteiligung von sechs Ressorts mit 11 Behörden

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Bundesministerium des Innern
- Bundesministerium der Finanzen
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Highlights aus dem Handlungsfeld Portfolio

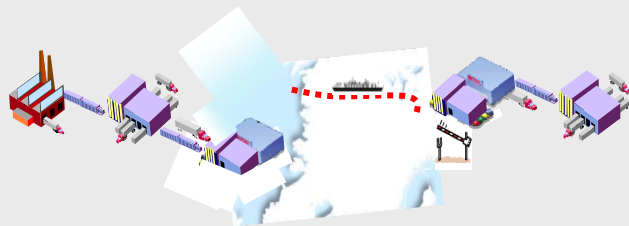
- **Ausbau des Kundenportals der Arbeitsagenturen zum mehrkanaligen Service Center Verbund**
- **Die elektronische Antragstellung wird für weitere Steuer-Antragsverfahren ermöglicht**
- **Der eService der Deutschen Rentenversicherung wird für Rentenberater und Krankenkassen ausgebaut**





Belastung der Unternehmen reduzieren

Prozessketten



- Durchgängige Optimierung und Verkettung von Prozessen zwischen Unternehmen und Behörden
- Gemeinsame Planung und Implementierung
- Unterstützung durch wissenschaftliche Begleitforschung und ein E-Government Kompetenzzentrum



Prozessintegration in fünf ausgewählten Projekten

■ Erwartete Ergebnisse

- Beschleunigung der Verfahren um 15 – 30 %.
- Reduktion der Kosten bei Wirtschaft und Verwaltung um 15 %.
- Im Jahr 2010 werden 80% Verwaltungsvorgänge medienbruchfrei und elektronisch abgewickelt.
- Die Prozessketten sind bis Ende 2010 nach ISO 27001 (IT-Grundschutz) zertifiziert.
- Ab 2012 werden Transaktionen zwischen Wirtschaft und Verwaltung nur noch elektronisch abgewickelt.

■ Beteiligung von vier Ressorts mit vier Behörden

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Bundesministerium des Innern
- Bundesministerium der Finanzen
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

■ Beteiligung von Unternehmen aus den Branchen

- Finanzdienstleistungen
- Abfallentsorgung
- Lebensmittelerzeugung
- Logistik
- Chemische Industrie
- Sozialversicherung sowie in der Funktion als Arbeitgeber



Highlights aus dem Handlungsfeld Prozessketten

■ Elektronisches Abfallnachweisverfahren:

Der Nachweis über die Abfallentsorgung wird ländereinheitlich unter Führung des Bundes auf ein elektronisches Verfahren umgestellt



■ Elektronische Verdachtsanzeige:

Zur Bekämpfung der Geldwäsche werden Verdachtsanzeigen elektronisch übermittelt



■ Sichere Lebensmittelkette:

Der Weg von Lebensmitteln wird vom Erzeuger bis zum Verzehr lückenlos nachgewiesen





Sichere Identifizierung ermöglichen

Elektronischer Personalausweis



Neue Generation mit 4 Funktionen:

- Sichtausweis
- Reisefunktion wie beim ePass (biometrische Merkmale)
- Authentisierung im Internet
 - für E-Government
 - für E-Business
- optionale Signaturfunktion



Schaffung der Voraussetzungen für eine sichere Identifikation

■ Erwartete Ergebnisse

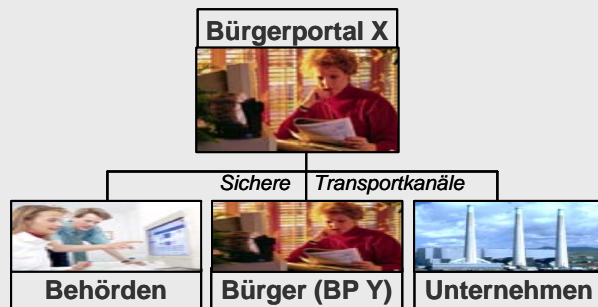
- Eine eindeutige ortsunabhängige elektronische Identifizierungslösung steht bereit.
- Online-Dienstleistungen des Staates und der Wirtschaft können sicher und zuverlässig genutzt werden.
- Ein maximaler Schutz vor Ausspähung von Zugangsdaten ist gewährleistet.
- Elektronische Identifizierungsmechanismen sind einfach handhabbar und stoßen auf breite Akzeptanz.
- Alle Kommunikationspartner sparen Zeit und Kosten.

■ Federführung durch das Bundesministerium des Innern



Sicheren „Platz im Netz“ schaffen

Kommunikation



- Zertifizierte Bürgerportal-Dienste bieten
 - sichere elektronische Postfächer
 - elektronische Meldeadressen
 - Authentisierungsdienst
 - Daten-Safe für Dokumentenablage
- Alle Behörden können einfach und sicher elektronisch zusammenarbeiten (DOI).



Förderung sicherer Kommunikation im Netz

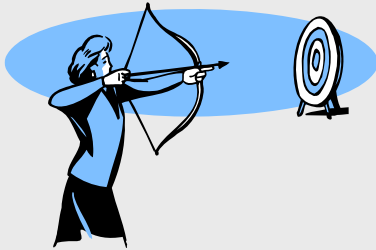
■ Erwartete Ergebnisse

- Anbieter am Markt realisieren zertifizierte Bürgerportale.
- Das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung in die Sicherheit der Internetkommunikation ist erhöht. Bürgerportale erhöhen die Verlässlichkeit der Kommunikation.
- Es existieren einfache und kostengünstige Identifizierungs- und Absicherungsverfahren, auch für gelegentliche Nutzerinnen und Nutzer von E-Government.
- Personenbezogene Daten sind geschützt und die informationelle Selbstbestimmung ist gewährleistet.
- Alle Behörden können sicher, komfortabel und wirtschaftlich miteinander kommunizieren.

■ Federführung durch das Bundesministerium des Innern, bei KIVD gemeinsam mit dem Land Hessen.



Nutzerorientierung des Programms E-Government 2.0



■ Zielindikatoren und Erfolgsmessung

- Externer Nutzen (qualitatives WiBe-Kriterium)
- Kosten/ Zeit der Unternehmen und Bürger (SKM)
- Nutzungshäufigkeiten und Bekanntheit



■ Nutzerbefragungen und Bedarfsanalysen

- vor und während der Projektierung (V-Modell)
- für Reengineering und Marketing

■ Gemeinsame Optimierung von Prozessen mit Unternehmen und Instituten

■ Kompetenzzentrum - Beirat - Community

- Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung

■ Studien E-Partizipation und E-Inklusion





Herausforderung Web 2.0 E-Partizipation



- **Internettechnologien**
(social software)
- **Geschäftsmodelle**
(no/low cost; use Beta)
- **Beteiligungsformen**
(read – write – deliberation:
unautorisierte wechselseitige
Kommunikation/ Interaktion)



Herausforderung Web 2.0

Anwendungsbeispiele für den Bund

Öffentliche Anwendungen

- „Meine-EU-Blog“ des AA
- Blog des St Kajo Waserhövel des BMAS
- IT-Gipfel-Blog

Intranets/ geschlossene Benutzergruppen

- Online-Foren der KBSt, BMWi, ...

Anwendung durch Dritte

- Befreite Dokumente des Chaos Computer Clubs (IFG)
- Direkt zur Kanzlerin

marginale Anfänge

überwiegend PR-orientiert

ein RSS feed oder
E-Partizipation

kaum Erfahrungen, keine Rahmenbedingungen

durchbricht klassische Verwaltungskultur

Herausforderungen/ Risiken erkennbar

Herausforderung Web 2.0

Schutz der Privatsphäre ?

myON-ID

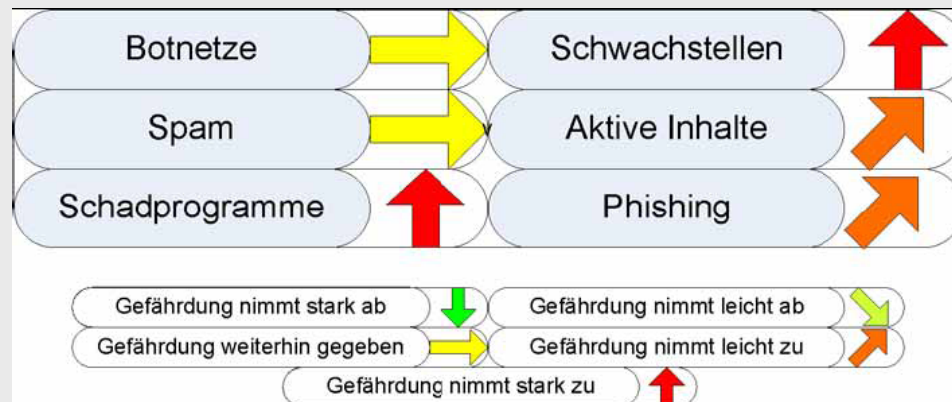
- **Eigenverantwortung der Anwender**
Was tu ich da? Nur das Nötigste?
Web 2.0-Führerschein, Reputations-Management?
- **Verpflichtung für Anbieter**
Transparenz im Angebot, Missbrauchsmeldesysteme
Auszug aus Community und portierbare Profile
- **Aufklärung als politische Aufgabe**
z.B. www.klicksafe.de
- **Aufgaben des Gesetzgebers**
Was zählt alles zu Personendaten?
- **Datenschutz durch Internetsicherheit**



klicksafe.de

Herausforderung Web 2.0 Internetsicherheit ?

■ vj. Lagebilder des BSI zur Internetsicherheit



www.bsi.de

■ Aktive Inhalte

AJAX, ActiceX und Co.

Widgets und Gadgets

www.bsi.de (www.ohne-aktive-inhalte.de)





Herausforderung Web 2.0

Rechtsverbindliches Verwaltungshandeln?

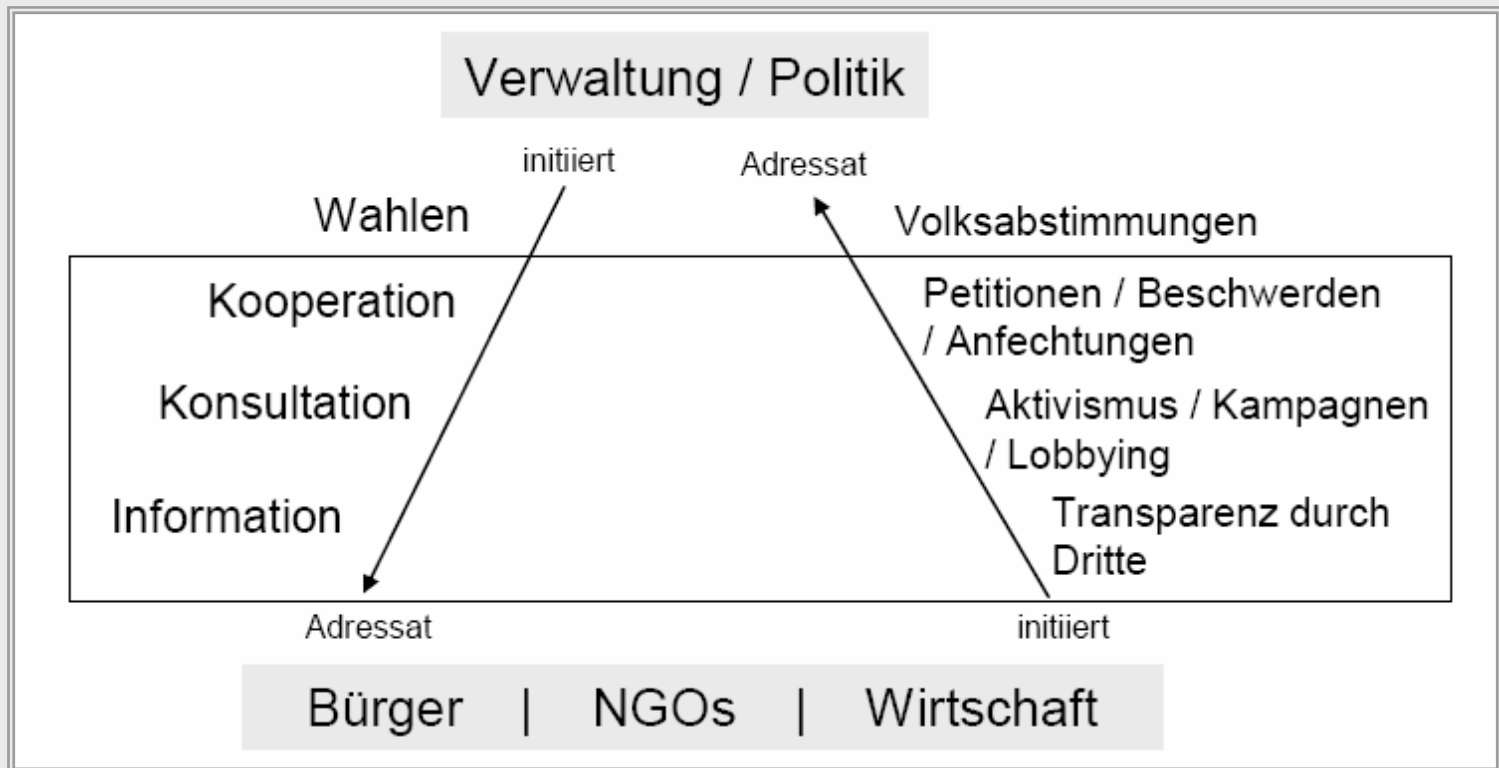
E-Partizipation: Transparenz durch Dritte

- Ideenbörsen
- Blogs und Blogbeiträge von Beamten/ TB ohne Billigung durch Vorgesetzte, Pressesprecher oder ÖA-Referenten
- Beamte/ TB privatdienstlich oder dienstlich aktiv in Community wie z.B. www.xing.de (openBC)
- Öffentlichens Verwaltungs-Wiki (FAQ)
Wer kennt E-Services der Verwaltung besser als die Nutzer?





Studie E-Partizipation Erste Ergebnisse - Typisierung



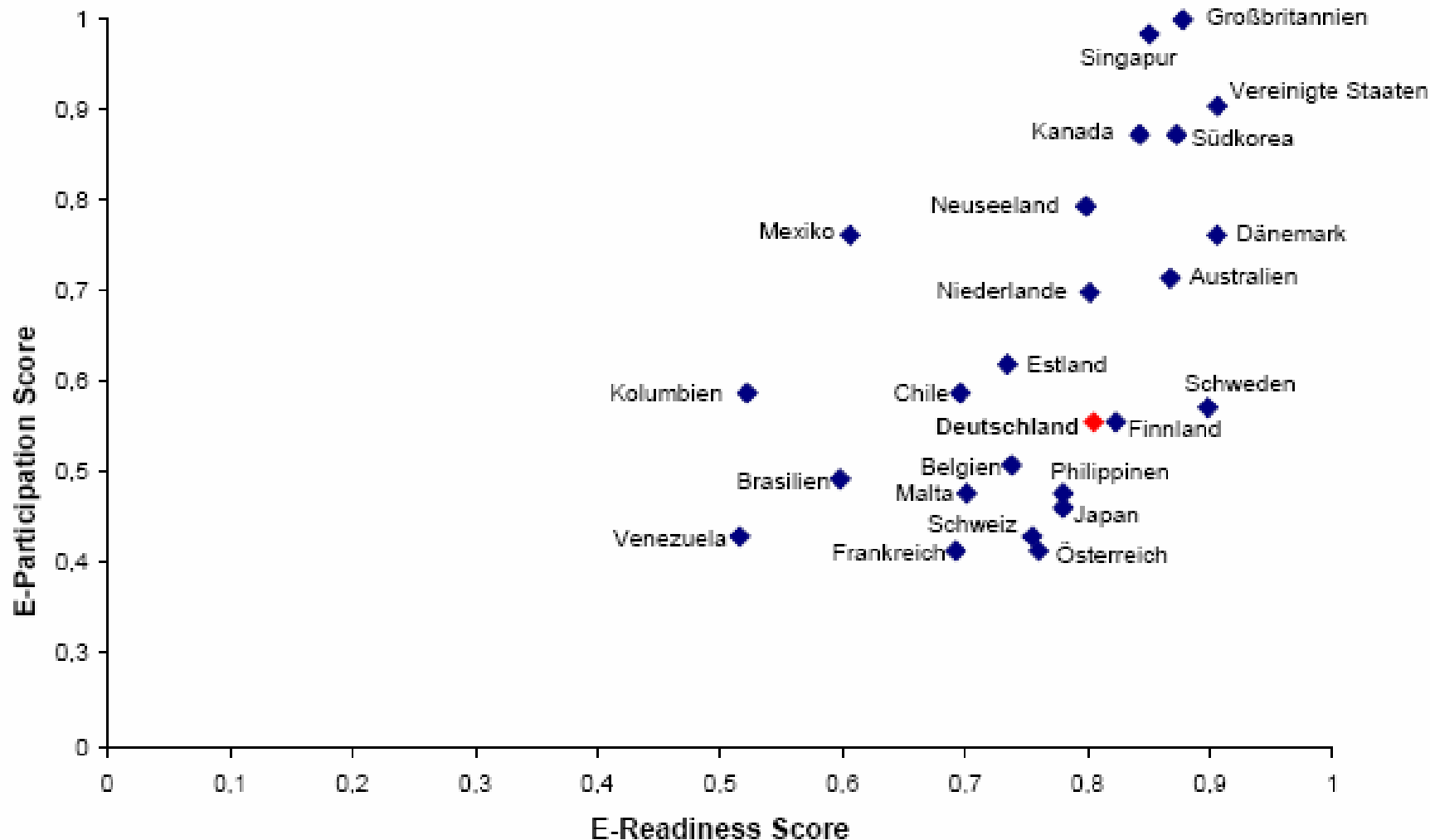


Abbildung 1.1-1: Gegenüberstellung des Entwicklungsstands von E-Partizipation und E-Government für die Top 25 des weltweiten E-Partizipationsrankings der Vereinten Nationen 2005. Eigene Darstellung (ausgewählte europäische Staaten), Daten: UN 2005



Studie E-Partizipation Erste Ergebnisse - Schlaglichter

Information – Konsultation – Kooperation – Transparenz – Aktivismus – Petition
durch Dritte Kampagne Beschwerde

Entwicklungsstand

sozialer Aktivierungsgrad

- Über das Internet können vor Allem jüngere Menschen und sozial schlechter gestellte Gruppen aktiviert werden (Differenzierung durch Studie E-Inklusion)
- Deutschland liegt bei E-Partizipation an 15.Stelle der TOP 25 weltweit
 - E-Partizipation bedeutet nicht automatisch mehr/ bessere Demokratie
 - DE ist Kleinbloggersdorf; DE ist nach EN zweitgrößte Wikipedia-Gemeinde
 - Häufigste Social Software: jeder 4. Internetnutzer (9 Mio.) nutzt Foren
 - Bedeutsam sind in DE die kommunalen Web 2.0 Anwendungen: Bauplanungsbeteiligungen, Bürgerhaushalte, Stadtwikis u.a.
 - Online-Petition des Bundestages - seit 2006 auch deliberative Gruppendiskussion
 - Web 2.0 Basistechnologie ist nur ein geringer Teil der erforderlichen (Bsp. ICELE)
- Handlungsvorschläge...

Ergebnisse zur CeBit 2008

2007 ist E-Government zum politischen Dauerthema der Bundesregierung avanciert



- **Kabinettsklausur in Meseberg:**
Bürgerfreundlichkeit auf europäisches Spitzenniveau heben
- **1. Nationaler IT-Gipfel** vom Dezember 2006 in Berlin
 - Auftrag eine neue IT-Steuerung des Bundes einzurichten
 - bis 2012 Verfahren mit der Wirtschaft nur noch elektronisch
- **2. Nationaler IT-Gipfel** am 7. Dezember 2007 in Hannover:
Zwischenbilanz und weiteres Handlungsprogramm
- **Vierte E-Government-Ministerkonferenz** in Lissabon
 - DE vom Platz 19. auf Platz 9. im EU-Vergleich vorgerückt
 - DVDV als Musterprojekt ausgezeichnet
- **CIO-Konzept des Bundes** wird auf Ministerebene diskutiert



**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**



**Andreas Polster Mag. Ing.
Referent im IT-Stab des Bundesministeriums des Innern
it1 @bmi.bund.de**